

Das Euro-Projekt ist gescheitert

Plädoyer für einen demokratischen europäischen Konvent

Werner Rügemer

Das Euro-Projekt ist gescheitert. Es ist nicht nur in fiskalischer Hinsicht gescheitert, sondern auch in volkswirtschaftlicher, demokratischer, menschenrechtlicher und moralischer Hinsicht. Genauer gesagt: Das Euro-Projekt ist an sein logisches Ende gekommen.

18

1. Das Euro-Projekt ist in fiskalischer Hinsicht gescheitert: Die wachsende Verschuldung der Staaten war einprogrammiert. Nach den Maastricht-Kriterien von 1992 gilt ein Staatshaushalt als „solide“, wenn die jährliche Neuverschuldung unter drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts bleibt. Das bedeutet: Wer sich an diese Grenze hält, verdoppelt seine Schuld spätestens innerhalb von zwei Jahrzehnten. Die auch von der EU geförderte Steuersenkung für Unternehmensgewinne und Finanzspekulationen sowie der Verkauf öffentlichen Eigentums haben die Verschuldung der Staaten beschleunigt. Die „Rettung“ der öffentlichen Haushalte führt nur zu einem weiteren Anstieg der Staatsschulden und zur öffentlichen Verarmung. Seit dem ersten und mit jedem weiteren und jeweils angeblich letzten Rettungspaket explodiert die Staatsschuld Griechenlands immer weiter.

2. Das Euro-Projekt ist in volkswirtschaftlicher Hinsicht gescheitert: Die EU fördert die Steuer- und Kapitalflucht der Unternehmen und der Vermögenden in den Mitgliedsstaaten. Die ökonomisch stärksten Volkswirtschaften Deutschland und Frankreich haben die schwächeren noch weiter geschwächt. Die „erfolgreichste“ und führende EU-Nation, Exportkönig Deutschland, ist zugleich die Nation mit dem größten, staatlich forcierten Niedriglohnsektor und mit dem erbarmungslosesten Umgang mit Arbeitslosen. Deutschland führt nicht nur beim Export von Waren, sondern auch beim

Export sozialem und Arbeits-Unrecht in die EU und weltweit. Die anderen EU-Regierungen machen mit.

3. Das Euro-Projekt ist in demokratischer Hinsicht gescheitert. Von vornherein waren die Europäische Union und dann auch der Euro nicht als demokratisches Projekt angelegt, sondern als „Wirtschafts“projekt, als Projekt von Banken und Konzernen. Deren Interessenvertretung ist die Europäische Kommission mit ihren 11.000 Beamten, die steuerlich, rechtlich und nach Einkommenshöhe privilegiert und staatlich vor jedem Risiko geschützt sind. Die Europäischen Parlamentarier, zudem von tausenden Lobbyisten eingekreist, dürfen und können keine Regierung wählen.

Der neue Fiskalpakt und eine zentrale „Wirtschaftsregierung“ sind ebenfalls Ausdruck dafür, dass die Euro-Verteidiger keine demokratische Union wollen. In Konfliktfällen setzen Kommission und Europäische Zentralbank gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds Ministerpräsidenten als ungewählte Gouverneure und Befehlsempfänger ein und verbieten freie demokratische Wahlen oder machen sie zur Farce wie jetzt in Griechenland.

4. Das Euro-Projekt ist in menschenrechtlicher Hinsicht gescheitert. Insbesondere die sozialen und Arbeitsrechte werden in Kumpanei der EU-Staaten, der Europäischen Kommission und der Unternehmen systematisch und nachhaltig verletzt: Recht auf Arbeit; Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen; Schutz vor Kündigung; freie Berufswahl; gleicher Lohn für gleiche Arbeit; ausreichendes Arbeitsentgelt für den Lebensunterhalt; Recht auf Bildung. Das Recht auf freie Meinung wird von der EU zur Farce gemacht, indem sie Information und Meinung zur Ware macht.

5. Das Euro-Projekt ist in moralischer Hinsicht gescheitert. Selbst die beschlossenen Gesetze wurden je nach

Interessen der Finanzakteure und Konzerne von den EU-Regierungen gebrochen: Die Maastricht-Kriterien wurden dauerhaft verletzt, die Regularien der Europäischen Zentralbank ebenso. Zudem vergibt die EZB den Privatbanken billige Kredite, mit denen diese die Spekulation und die öffentliche Verschuldung weitertreiben. Gerade die Regierungen und Meinungsmacher der führenden EU-Staaten und Verteidiger des Euro diskriminieren die Bevölkerung, die sich dem Diktat der Kürzung von Renten, Löhnen, Arbeitslosengeld und öffentlichen Dienstleistungen nicht beugen will. Die Propagandisten und Exekutoren des Euro-Projekts säen Feindschaft und Verachtung unter den Völkern Europas.

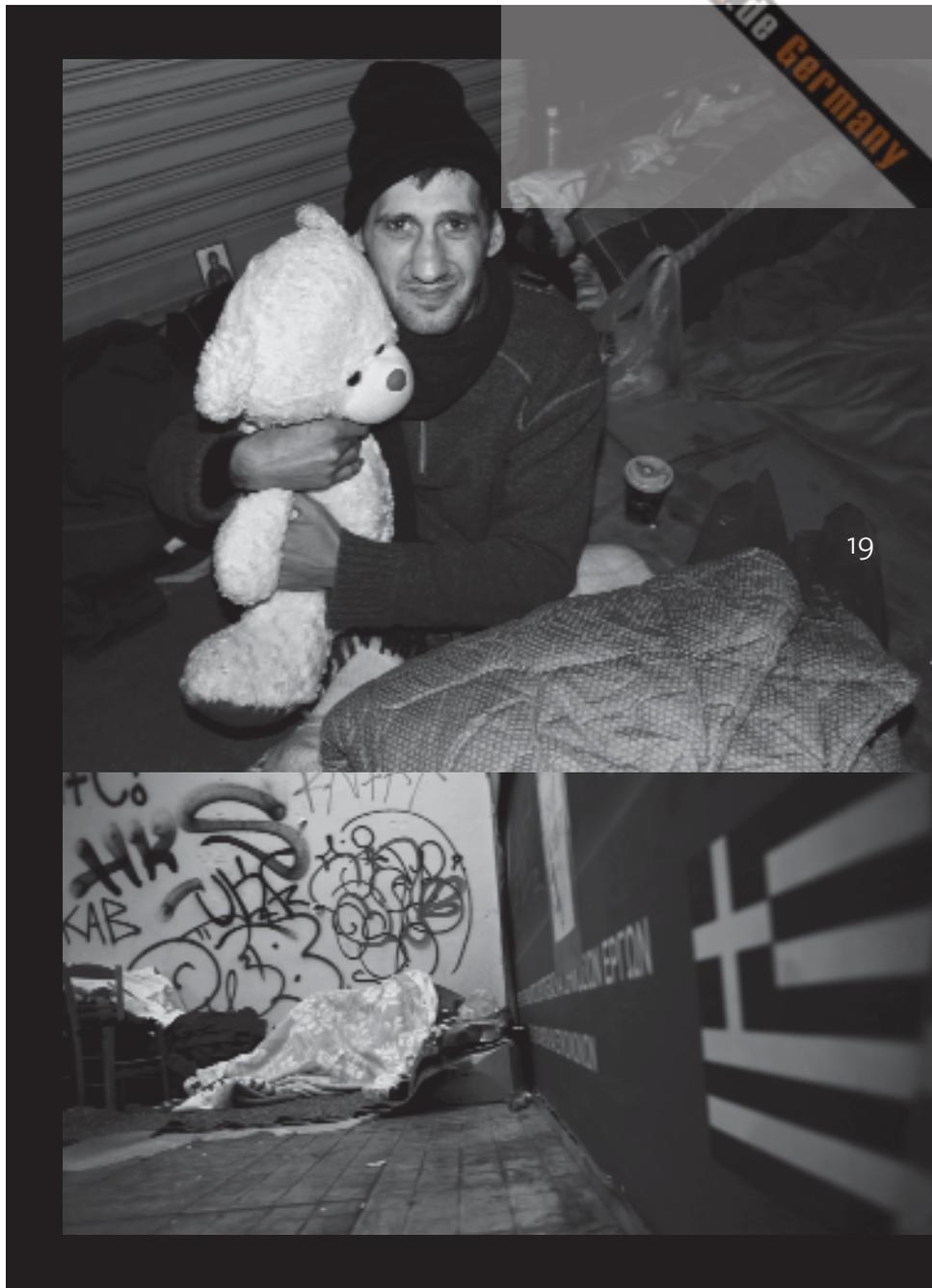
6. In Griechenland spitzt sich gegenwärtig die Euro-Logik zu: Sie wirkt aber, wenn auch weniger spektakulär und weniger dramatisch, auch in Irland, Portugal, Spanien und Italien. Und sie wirkt auch seit Beginn in den Staaten, die als die bisher nicht betroffenen und als die führenden gelten. Auch in Deutschland erzwingen die Euro-Akteure schrittweise die Entmachtung der Parlamente, nicht nur auf der zentralstaatlichen Ebene, sondern auch in den Regionen und Kommunen. Der Ausverkauf öffentlichen Eigentums und die Vergabe teurer Dienstleistungen an Privatunternehmen gehen weiter. Staatliche Leistungen für die Bürger werden verteuert und verkürzt. Niedriglöhne und Leiharbeit, Arbeitsstress und Krankheiten der Beschäftigten und Arbeitslosen nehmen zu. Angst beherrscht das Arbeitsleben. Ermüdung, Enttäuschung und Ablehnung beherrschen die Demokratie.

7. Was bei allem Gerede über die Dominanz der Bundesrepublik unter den banken- und konzernhörigen Regierungen Merkel und Sarkozy („Merkozy“) vertuscht wird: Auch Merkel, die „mächtigste Frau der Welt“ und ihr „kleiner Bruder“ Sarkozy stehen unter

der Fuchtel der *Weltmacht USA*. US-Investmentbanken und Hedgefonds spekulieren im Hintergrund mit den Staatsanleihen Griechenlands und der anderen EU-Staaten. US-Ratingagenturen diktieren im Interesse ihrer US-Eigentümer die Bedingungen für die Kreditaufnahme und für die Enteignung der EU-Staaten. US-Wirtschaftskanzleien schreiben die Gesetzesvorlagen für die Bankenrettung. Die vier US-Wirtschaftsprüfungsgesellschaften „prüfen“ und testieren die getricksten Bilanzen von Banken und Konzernen. Der Wilmington Trust aus Delaware/USA, der zahlreiche der krisenverursachenden Finanzprodukte verwaltet, wurde über seine Niederlassung London von der „Troika“ als Abwickler der Griechenland-Rettung eingesetzt; die Abwicklung untersteht nicht dem Recht Griechenlands oder eines anderen EU-Staats, sondern dem Recht des Staates, der nicht zum Euro-Raum gehört und der die größte Finanzoase Europas beherbergt; nämlich Großbritanniens.

8. Der Euro ist auch *kein Friedensbringer*, wie von den Befürwortern behauptet wird. Richtig, europäische Staaten führen nicht mehr Krieg miteinander, aber die EU ermöglicht in Europa einen Wirtschaftskrieg der starken Volkswirtschaften gegen die schwachen. Und die EU trägt den Krieg als Juniorpartner der USA und Großbritanniens nach außen, nach Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen. Und sie bereitet verlogene „Menschenrechts“ kampagnen und militärische Interventionen mit vor, so gegen Iran und Syrien. Im übrigen ist die EU seit dem Jugoslawien-Krieg von 1999 dabei, einen eigenen großen Militärisch-Industriellen Komplex, eigene Interventionsstreitkräfte und eine von der NATO unabhängige Kommandozentrale aufzubauen.

9. Das Euro-Projekt ist an sein logisches Ende gekommen. Das Ende wird allerdings nicht von selbst kommen: Es wird, wenn es so weitergeht, als Katastrophe für die Mehrheit der Bevölkerungen kommen. Oder diese Art Ende wird von uns aufgehalten. Deshalb ist es an der Zeit, zunächst das Scheitern des Euro-Projekts öffentlich zu erklären



und daraus die Konsequenzen zu ziehen. Aus gutem beziehungsweise schlechtem Grund weigern sich die Euro-Protagonisten verbissen, die Bevölkerung der EU öffentlich zu befragen und abstimmen zu lassen. Die Strangulierung Griechenlands wird begleitet von Verleumdung, Volksverhetzung und organisierter Desinformation.

10. Es ist an der Zeit, dass für das verdrängte, das geschädigte, das demokratische, das zukunftsfähige Europa ein *öffentliches Forum* geschaffen wird: ein demokratischer europäischer

Konvent. Er soll zunächst die ersten Schritte für ein anderes Europa unternehmen.

Werner Rügemer, interventionistischer Philosoph, tätig als Publizist, Lehrbeauftragter an der Universität Köln. Letzte Veröffentlichungen: *„Heuschrecken“ im öffentlichen Raum. Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments*, Bielefeld 2011; *Ratingagenturen. Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart*. Bielefeld 2012. www.werner-ruegemer.de